

Um die Einheit der politischen Arbeiterbewegung

Autor(en): **Schneider, Friedrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gelegt werden kann. *Jeder Weg, der zum Ziele führt, zu einer ehrlichen, soliden und kämpfenden Einheit der sozialistischen Massen, ist richtig und soll entschlossen und mutig beschrritten werden.*

Um die Einheit der politischen Arbeiterbewegung

Von Friedrich Schneider

I.

Der Internationale Sozialistenkongreß der gefährlich kriegsgeschwängerten Novembertage des Jahres 1912 zu *Basel* war die letzte gewaltige Manifestation der Einigkeit und Macht des sozialistischen Proletariats der Welt! Er war das grelle Auflodern einer glänzenden, durch die Verhältnisse zum Erlöschen verurteilten Flamme, die Demonstration aller in der Idee des Sozialismus und des Völkerfriedens verbundenen Menschen angesichts der drohenden Gefahren des heraufziehenden *imperialistischen Krieges*. Der Kampf gegen den sich ankündenden Krieg, dessen Sinn und Charakter längst erkannt waren, einte alle. Von der Basler Tagung strömte unbestritten eine große moralische Kraft aus, die weit über die organisatorische Bedeutung der damaligen Internationale hinausreichte.

Vom Geiste der August Bebel und Wihlhelm Liebknecht, Jean Jaurès und Edouard Vaillant, Rosa Luxemburg und Ignaz Daszinsky, Wladimir Iljitsch Lenin und Plechanoff, Paul Axelrod und Julius Martoff, Viktor Adler und Karl Kautsky, Serrati und Philippo Turati, Ramsay MacDonald und Keir Hardie, Herman Greulich, Morris Hillquit, Emile Vandervelde und anderen beseelt, strahlte der Einfluß der Interationale, im Ziel klar und einmütig, in den anzuwendenden Mitteln aber uneinig, weit über die Arbeiterklasse hinaus in andere Gesellschaftsklassen. In ihr erblickten die Völker den natürlichen *Verbündeten* gegen ihre den Krieg bewußt und unbewußt vorbereitenden Machthaber. Sie verkörperte nicht nur die Hoffnungen der Sozialisten und schien mit ihrem pazifistischen Wesenszug weniger ein Werkzeug des Klassenkampfes, *als Anwalt einer höheren Menschlichkeit zu sein!*

Zwei Jahre hernach, in den schwülen Augusttagen Anno 1914 zerbrach das stolze Gebäude an der Macht des eben am Attentat von Serajewo entzündeten und gegen den Willen der Völker ausgelösten Krieges und den Ergebnissen einer längst im Gange befindlichen Entwicklung. Die Auswirkungen der «Politik mit anderen Mitteln», wie Clausewitz den Krieg nennt, erwiesen sich anders, als die internationalen sozialistischen Kongresse annahmen, und die Arbeiterparteien reagierten darauf in einem ganz anderen Sinne, als aus ihren Beschlüssen zu lesen war. «Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur *Aufrüttelung* des Volkes auszunutzen und *dadurch die Beseitigung der kapi-*

talistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.» So beschlossen Stuttgart und Basel! In den meisten Ländern geschah im kritischen Augenblick das Gegenteil, die große Stunde fand ein kleines Geschlecht — und später war man Gefangener der eigenen Handlungen. Die Sozialisten folgten willig den Fahnen ihrer respektiven Vaterländer! Viele Landesparteien solidarisierten sich mit ihrer herrschenden Klasse, mit der sie sich eben noch im schärfsten Kampfe befanden — und oft auch mit deren imperialistischen *Kriegszielen*. Statt auf die Beendigung des Krieges zu dringen oder ernsthaft am Sturze der kapitalistischen Klassenherrschaft zu arbeiten, stählten sie den Durchhaltewillen des arbeitenden Volkes in einer ihm fremden Sache und unterstützten den *Jusqu'au-boutismus*!

Die internationale sozialistische Ideologie zerschellte an der Praxis der mehr oder weniger ausgeprägten nationalen Solidarität! Der *Burgfriede* beherrschte die Stunde. «Ich kenne keine Parteien mehr» und «Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes» waren damals geflügelte Worte mit einem für Sozialisten bitteren Beigeschmack. Die Sozialistische Internationale, der «*Einbund der Arbeiter der Welt*», wie sie von August Bebel geheißen wurde, gehörte der Vergangenheit an. Die kapitalistische Klassenherrschaft wurde nicht beseitigt. Sie ging trotz der Wirren in Zentraleuropa und der Beseitigung einiger Dutzend Dynastien gestärkt aus dem ersten Weltkrieg hervor. Obwohl mit allen Symptomen einer dauernden und unheilbaren Krise behaftet, triumphtierte der Kapitalismus noch einmal für ein Vierteljahrhundert über die in Fraktionen gespaltene und sich zerfleischende Arbeiterklasse.

II.

Seither gab es in der sozialistischen Arbeiterschaft keine Einigkeit mehr! International und national zerrissen, die gegenseitige Bekämpfung fast höher wertend als den Kampf gegen Kapitalismus und Klassenherrschaft, wurde im *Faschismus* ihr größter Feind geboren. Als letzter politischer Trumpf des Kapitalismus zur Erhaltung seiner eigenen Macht ausgespielt, wuchs er überall und kam in dieser oder jener Form zu Einfluß. In vielen Ländern vermochte er seine Diktatur zu errichten. Alle Versuche seit *Zimmerwald* über Stockholm, Wien, Hamburg und Moskau bis zur Neubildung der «Arbeiter-Internationale» und Gründung der «Kominintern» nach dem ersten Weltkrieg blieben unzulänglich und vermochten höchstens Teile des internationalen Proletariats zu sammeln, weil keine Gruppe ihre Sonderauffassung der Dinge dem Ganzen unterordnen wollte und noch niemand in der *freiwilligen Einigkeit und Geschlossenheit* die schärfste proletarisch-sozialistische Waffe erblickte. Unter sich über Strategie und Taktik, aber auch über die nächsten Ziele uneinig, unterzog sich keine Fraktion den demokratischen Spielregeln, obwohl sie in diesem Falle nicht durch Klassengegensätze verfälscht werden konnten. In der Schweiz kam es 1916 mit den Grütlianern und 1921 mit den Kommunisten zur Spaltung. Sie war weder da noch dort eine innere, in den schweizerischen Verhältnissen liegende Notwendigkeit, sondern mehr durch internationale Strömungen bedingt.

In *einem* Lande wurde die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft ausgenutzt: *in Rußland!* Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki), ohne Einfluß im zaristischen Staat, illegal kämpfend und zu einer gestählten und disziplinierten Avantgarde erzogen, fand Verhältnisse vor, die ihr den Sieg ermöglichten. Sie und ihre Glieder hatten nichts zu verlieren und alles zu gewinnen. Nach mancherlei inneren Kämpfen und Krisen hat sie's gewagt und damit die politische Macht in einem Riesenreich erobert.

In Westeuropa zog die sozialistische Arbeiterschaft, mehr oder weniger vom friedlichen Geiste der Demokratie beeinflußt, angesichts der ungeheuren, in den Verhältnissen liegenden Widerständen das *Wenige*, das sie im legalen Kampfe der Bourgeoisie abgerungen hatte, der revolutionären *Ungewißheit* vor. Um das Linsengericht sozialer Reformen verschenkte sie den Willen zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, zur sozialen Revolution und deren Früchte. Im darob entbrannten geistigen und leider auch organisatorischen Kampfe ist «Rußland» zu einem Begriff geworden, der im Guten und im Bösen scheinbar alles überstrahlt und in den Augen der einen nur weiß und in denen der anderen nur schwarz sein kann.

Auf dieses Land der siegreichen sozialen Revolution, deren Inhalt nur wenigen gegenwärtig ist, setzten die sozialistischen Arbeiter ihre geheimen und offenen Hoffnungen. Oft kritiklos und ohne zu beachten, daß dem anderen nicht billig zu sein braucht, was dem einen recht ist. Zu gleicher Zeit ließ sich die Bourgeoisie in eine fast *stupide Gegnerschaft* von wirtschaftlichen, politischen oder gar religiösen Abenteurern hineinhetzen, die zweifellos die Schweiz teuer zu stehen kommt. Die vom Antibolschewismus verlästerte Sowjetunion wurde so noch mehr zu einem *Symbol* sozialistischer Grundsätzlichkeit erhoben. Während der «große» und die kleinen Mottas vor dem Rätestaat wie vor dem Teufel das Kreuz schlugen, gleichzeitig aber Mussolinis Staatskunst priesen und später mit Adolf Hitlers Drittem Reich auf gutem Fuße standen und so elementare *Interessen des Landes* gefährdeten, lobten andere alles und jedes in Rußland als der Weisheit letzter Schluß, und wenn es sich noch so sehr widersprach.

Die Komintern, aus der Idee der sozialen *Weltrevolution* geboren, vermochte die Massen noch im Banne zu halten, als der weltrevolutionäre Charakter der russischen Revolution längst entschwunden und sie selbst zu einem Werkzeug der nationalrussischen Politik geworden war. Aus einem revolutionären Motor wurde sie durch die Macht der Verhältnisse allgemein politisch zu einem *Instrument der nationalrussischen Außenpolitik* und klassenpolitisch zu einem Ferment dauernder *Spaltung der Arbeiterklasse*, bis der vom Faschismus systematisch vorbereitete neue Weltkrieg ausbrach und seine blutigen Wogen über fast alle Länder der Erde vergoß. Ihre Auflösung ist der erste entscheidende Schritt zur Einigung der Arbeiterklasse. Wer die Entwicklung verfolgte, zweifelt nicht an der Ehrlichkeit dieser Auflösung, wie verschiedenartig die Motive auch sein mögen.

Die nie erloschene Sehnsucht nach internationaler und nationaler

Einigkeit der Arbeiterklasse und die tief empfundene Solidarität mit der Sowjetunion hat einen neuen Auftrieb erhalten. Die gewaltigen Leistungen Rußlands in der *Abwehr des kriegerischen Nationalsozialismus*, der sein Weltreich der Völkerversklavung errichten wollte, erregen Bewunderung und Dankbarkeit. Mögen die vom kapitalistischen Klasseninteresse geleiteten «Patrioten» noch so sehr im Nationalismus schwelgen und die Sowjetunion, dieses Wahrzeichen der sozialen Revolution, verlästern und jeden als vaterlandslosen Gesellen, ja als Verräter beschimpfen, der die Idee des völkerbefreienden und völkerverbindenden Sozialismus im Herzen bewahrte, so liegt doch in der *sozialistischen Solidarität* eine solche Kraft, daß die Sehnsucht nach ihr und der Wille, sie zu verwirklichen, nicht zu erlöschen vermögen. Über alle erbitterten Bruderkämpfe hinweg wuchs immer wieder der Wunsch nach ideologischer und organisatorischer Einheit und das Bewußtsein, daß nur die Verwirklichung dieser Einheit den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu schaffen vermag.

Der neue Weltkrieg mit seinen gigantischen Erschütterungen, dieser *Höhepunkt der Krise des Kapitalismus*, brachte weithin sichtbar das Versagen der kapitalistischen Ideologie und der sich daraus ergebenden Praxis in Wirtschaft und Politik. Die Völker beginnen aus ihrer eigenen Tragödie die *Tragik* ihres bisherigen Unvermögens, die kapitalistische Gesellschaft durch die sozialistische zu ersetzen, nach und nach zu erkennen. Die grausigen Opfer an Gut und Blut, die sie in zwei Weltkriegen auf den Altar des imperialistischen Mammons zu bringen haben, öffnen ihnen die Augen. Immer weitere Volkskreise fühlen, daß es wie bisher nicht weitergehen kann, soll die Menschheit nicht nach einem weiteren Vierteljahrhundert erneut in die tollen Orgien des Todes gerissen werden. Die Richtigkeit der Forderungen von Stuttgart und Basel, die durch den Krieg hereibegeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und damit die *Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen*, beginnt sich, vielleicht in einer anderen als der gedachten Form, durchzusetzen. Das von der Sozialdemokratie ins Volk geworfene Manifest «Die neue Schweiz» ist ein Hinweis und auch der Ausdruck des Bewußtseins, daß weder die politische noch die soziale Freiheit durch die Bajonette einer fremden, wenn auch revolutionären Macht, sondern nur mittels der in demokratischer Selbstdisziplin gestählten Kraft des arbeitenden Volkes verwirklicht werden kann.

III.

Dem bewußten und instinktiven Streben nach proletarischer Einheit und Geschlossenheit entspringen auch die zahlreichen *Anträge* in dieser Sache an den kommenden schweizerischen Parteitag in Winterthur. Insofern sind sie alle *erfreuliche Symptome* des Willens innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft zum Rechten zu sehen und die Vorbedingungen ihres Sieges zu schaffen, wenn einem der eine oder andere Antrag auch reichlich ungereimt erscheint. Nicht nur die Anträge der Sektionen, aus denen unschwer die dirigierende Hand einer organisierten Opposition zu

erkennen ist, atmen diesen Geist. Wie ganz anders lautet doch der *Beschluß des Parteivorstandes* vom 26. und 27. Juni 1943, verglichen mit dem des Parteiausschusses vom 18. September 1938. Damals *Kriegsartikel* zum eigenen Schutz und zur Demütigung eines bedingungslos kapitulierenden Gegners. Heute die jedem ehrlich die Einheit erstrebenden Kommunisten oder Nicolisten hingehaltene *Bruderhand*, in die er allerdings zur Bekräftigung der zukünftigen engen Verbundenheit einschlagen muß. Der Antrag des Parteivorstandes bejaht den *Willen zur Schaffung der Einheit* der politischen Arbeiterbewegung in unserem Lande und der Liquidation einer Epoche der Zerrissenheit und des Bruderkampfes, die der Arbeiterschaft und ihrer Sache schwere Wunden geschlagen hat. Es ist deswegen nicht weiter verwunderlich, daß er in der Führung des ernsthaften kapitalistischen Bürgertums einige *Unruhe* auslöste, die sich erst nach gewissen Vorgängen in der Partei wieder legte und einer fast höhnischen Selbstsicherheit Platz machte. Die mit dem Antrag des Parteivorstandes angestrebte Einheit der politischen Arbeiterbewegung scheint ihr die Herrschaft des Kapitals zu gefährden und das Regime des Bürgerblockes im Bund zu erschüttern, die beide im Lande der Eidgenossen noch fast unbeschränkt die Macht ausüben. Da er auch bereits die Keime zur *internationalen sozialistischen Verständigung* enthält, erscheint unseren Gegnern die Gefahr für den Kapitalismus um so größer, womit ihre Gefühle der Unbehaglichkeit gesteigert würden, wenn sie nicht aus bestimmten Symptomen auf zukünftige *Uneinigkeit* in den proletarischen Reihen schließen könnten.

Divide et impera, teile und herrsche! Das ist das Zaubermittel der kapitalistischen Klasse, mit dem sie sich bisher an der Macht zu halten vermochte. Die Einheit der politischen Arbeiterbewegung ist auch in der Schweiz der *Anfang vom Ende des Kapitalismus* und seiner Herrschaft, wenn auch in der Referendumsdemokratie die Dinge langsamer reifen und meist äußerlich keine revolutionären Formen annehmen. Sie muß unser Ziel sein, das trotz aller Schwierigkeiten und der brennenden Wunden des Bruderkrieges keinen Augenblick vernachlässigt werden darf. Das Manifest «Die neue Schweiz» und der demokratische Sozialismus, der auf landeseigenem Boden aufbaut, sind die Grundlagen der Einheit, die den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in sich schließen. Sie wird mit der Zeit erstehen, selbst wenn Unbelehrbare schmollend beiseite treten oder gar gegen das Gebot der Stunde wüten würden. *Diesem Ziel* ist bis auf die bewährten Grundsätze alles unterzuordnen. Es begreift aber nur die wirkliche und ehrliche Einheit der politischen Arbeiterbewegung in sich und darf nicht zum schützenden und tarnenden Dach neuer Uneinigkeit herabgewürdigt werden. Die Voraussetzungen für die Wahrheit sind im Grundsatz gegeben: *Größte Freiheit* in der Willensbildung für den Einzelnen, aber *ausgeprägteste Disziplin*, wenn der Entscheid auf demokratische Weise gefallen ist. Das gilt nicht nur für ehemalige Kommunisten und Nicolisten, sondern auch für jene, die in der Vergangenheit öfters ihre eigenen Wege gingen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß allerdings die Partei großes *Vertrauen* zu sich und ihrem Programm aufbringen. Vertrauen in ihre Fähig-

keit, widerstrebende und ihr bisher feindlich gesinnte Elemente ihrer Kampffront einzugliedern. Das wird nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen. Dieses große Vertrauen gestattet ihr, *tolerant* zu sein, zu vergessen und einen Strich unter alte Rechnungen zu machen, *wenn das durch Unterschrift bekräftigte Bekenntnis zur Sozialdemokratie vorliegt*. Die Einheit der politischen Arbeiterbewegung ist ein so wichtiges Gut, daß ihm auch Opfer gebracht werden dürfen. Angesichts gewaltiger welt-historischer Umwälzungen und der Aufgaben, die auch der schweizerischen Arbeiterklasse gestellt sind, dürfen nicht kleinliche Ressentiments entscheidend sein, wenn es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, um die *Neugestaltung des Gesichtes der Welt* mitbeeinflussen zu können. Dem werden alle zustimmen, die den Glauben an den Sozialismus nicht verloren haben und in der bürgerlichen Demokratie nur die Stufe einer Entwicklung sehen, die zum Wohle des ganzen Volkes und getragen von der Arbeiterschaft in den *Sozialismus* überleitet. Die Mission der sozialistischen Werktätigen darf in und nach diesem Kriege nicht scheitern, wie vor fünfundzwanzig Jahren. Neue Zerrissenheit des arbeitenden Volkes, der Triumph der kapitalistischen Herrschaft und weitere mörderische Kriege wären die Folgen.

IV.

Das große Vertrauen, das Voraussetzung der Einheit der politischen Arbeiterbewegung ist, *darf aber nicht blind und leichtfertig sein*, sollen daraus nicht neue Enttäuschungen der Arbeiterklasse erwachsen. Es gibt Parteikreise, die eine andere Meinung vertreten und die Partei mit Teufelsgewalt auf ihren trügerischen Boden zerren möchten. Daraus fließen die Differenzen, die der Parteitag irgendwie zu entscheiden hat. Die einen meinen, die Kommunistische Partei und die *Fédération socialiste suisse* seien in Bausch und Bogen mit Trompetenklang und Paukenschlag der schweizerischen Sozialdemokratie einzugliedern. Andere möchten wohl deren einzelne Mitglieder aufnehmen, wenn sie vorher genau besehen und nicht zu leicht befunden wurden. So geht es wohl nicht!

Die schweizerische Sozialdemokratie kennt nur die *Einzelmitgliedschaft*, die Verpflichtung jeder ihr beitretenden Person auf Prinzipien-erklärung, Statuten und Programm und alles, was in ihr rechtens ist. Von einer kollektiven Aufnahme ganzer Organisationen *ohne* persönliche Verpflichtung jedes einzelnen Mitgliedes kann gar keine Rede sein. Jeder Aufnahmekandidat muß sich persönlich und unterschriftlich verpflichten, wie es die bisherigen Mitglieder auch haben tun müssen. Nicht einmal der Parteitag, der auch an die Statuten gebunden ist, kann einzelne oder ganze Gruppen von dieser Verpflichtung befreien, ganz davon abgesehen, daß er damit die Partei zum Tummelplatz unehrlicher, alles andere als die Stärke der sozialdemokratischen Bewegung anstrebender Elemente werden ließe. *Ein Mann, ein Wort!* Ein Mitglied, ein Bekenntnis zur Sozialdemokratie, besiegelt durch die eigenhändige Unterschrift! Wer diese Verpflichtung verweigert, hat außerhalb der Partei zu bleiben.

Verpflichtet sich aber jemand so, *Sozialdemokrat* zu sein, ist er in die Partei aufzunehmen, und wenn er bisher kommunistischer Führer, gleich

welchen Namens, gewesen ist. Es ist ihm die Möglichkeit zu geben, sich als Mitglied der Partei zu bewähren und sein unterschriftlich gegebenes Wort einzulösen, denn schließlich sind die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und der kürzlichen Vergangenheit nicht spurlos an den Menschen vorübergegangen. Auch an den Kommunisten nicht. *Mißachtet* er das gegebene Versprechen, so hat die Partei rücksichtslos die Konsequenzen zu ziehen, ohne daß sie davon Nachteile zu befürchten hätte. Sie hat dazu die Mittel, selbst wenn sich die unmittelbare Umgebung des Fehlbaren dieser Prozedur widersetzen würde. Die Tatsache der Einigung und des jeden persönlich verpflichtenden Beitritts zur Sozialdemokratie wirkt so, daß sich niemand getrauen kann, diese Einheit wieder zu gefährden.

*Das ist der Weg zur organisatorischen Einheit der politischen Arbeiterbewegung! Die Partei darf großzügig sein. Sie braucht auch vor inneren Auseinandersetzungen nicht zu erschrecken, wenn sie getragen sind vom Willen, die Werbe- und Kampfkraft der Sozialdemokratie zu stärken. Sind für ihre Urheber andere Motive maßgebend, so bringt sie auch die Kraft zum *Selbstschutz* gegen wortbrecherische und verräterische Elemente auf. Daran ist keinen Augenblick zu zweifeln. Wer diesen Weg nicht begehen will, setzt sich dem Verdacht aus, etwas ganz *anderes* als die wirkliche Einheit der politischen Arbeiterbewegung zu wollen. Jedenfalls ist durch gewisse Dinge der Einigungsprozeß nicht erleichtert, aber die Auffassung verstärkt worden, es gehe in der innerparteilichen Auseinandersetzung der letzten Zeit weniger um die Einheit der politischen Arbeiterbewegung, als um die *Beherrschung der Sozialdemokratischen Partei* der Schweiz und ihrer Kantonalparteien durch eine von den Kommunisten Hilfe erwartende Richtung. Sei dem wie ihm wolle: *Der ehrliche Versuch einer Eingliederung der bisherigen Kommunisten und Nicolisten in die Sozialdemokratie muß gemacht werden!**

Der Beschluß des Parteivorstandes weist, bei vernünftiger Anwendung, den zum Ziele führenden Weg — sofern es Kommunisten und Nicolisten um die Einheit der politischen Arbeiterbewegung im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei wirklich zu tun ist, woran zu zweifeln angesichts der gewaltigen zu lösenden Aufgaben vorläufig kein Grund vorhanden ist. Es soll also kein Rechen aufgestellt werden, in dem einzelne, vielleicht nicht besonders angenehme kommunistische Zeitgenossen hängen bleiben, wohl aber die Verpflichtung des Einzelnen, also die *persönliche Haftbarkeit* gegenüber der Partei und ihren Grundsätzen, worin auch die Anerkennung der Parteidemokratie und der Respekt vor Mehrheitsbeschlüssen liegt. Aber nicht die Sektionen, sondern die kantonalen Parteivorstände und die schweizerische Geschäftsleitung entscheiden über die Aufnahmen. Darin wird der Rechen erblickt. Wir vertrauen auch da der *Vernunft* und den Bedürfnissen der kantonalen Parteien, die bisher unter der Spaltung litten. Sie müssen vom Parteitag das erlösende und Mißtrauen zerstörende Wort im Sinn und Geist dieser Darlegungen erwarten. Damit dient er dem arbeitenden Volk unseres Landes, dem Kampf um «Die neue Schweiz» und darüber hinaus der Verständigung der internationalen Arbeiterklasse auf der Grundlage der sozialistischen Demokratie.

V.

So wichtig die Einheit der politischen Arbeiterbewegung ist, darf nie vergessen werden, daß sie gesamtschweizerisch nicht von der gleichen Bedeutung ist, wie für Zürich, Genf und Basel. Indes darf erwartet werden, daß den Bedürfnissen dieser für die sozialistische Bewegung der Schweiz wichtigen Orte Rechnung getragen wird. Dabei darf darauf hingewiesen werden, daß die Einheit der politischen Arbeiterbewegung nur ein *Mittel* zu einem weit höheren Zwecke ist. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, rüstet auch der schweizerische Kapitalismus zum Kampf um die endgültige Machtverteilung in unserem Lande. Die Tatsache, daß ein Industrieller, der Chef des Eidgenössischen Kriegs-Industrie und -Arbeitsamtes, dem Unternehmertum anrät, mit der Arbeiterschaft und ihren Organisationen auf gleichem Fuße zu verhandeln, während die chemischen Industriellen den brutalen Herrn-im-Hause-Standpunkt betätigen, läßt auf verschiedene Einschätzung der Lage schließen. Ein Teil des Kapitals möchte den Arbeitsfrieden, auch um den Preis der Anerkennung der Arbeitergewerkschaften, während ihn der andere auf dem Wege des *Diktats* erreichen will.

Diese Divergenzen sind Symptome einer Geistesverfassung, die sich nicht aus der überlieferten Klassenideologie gelöst hat. Beide kapitalistische Richtungen wollen die *Herrschaft der kapitalistischen Klasse* erhalten. Die eine auf modernere Art, die andere mit den üblichen Mitteln. Ob die eine oder andere Richtung obenauf kommt, ist für die Arbeiterschaft von untergeordneter Bedeutung. Sie muß die vom Kriege herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise ausnutzen, *um die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft zu beschleunigen*. Darin besteht die Aufgabe des arbeitenden Volkes. Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Manifest «Die neue Schweiz» ihre Aufgabe klar erkannt. Aber das Manifest bleibt toter Buchstabe, wenn nicht alle arbeitenden Schichten, unter der Führung einer entschlossenen und vom Willen zur Überwindung des Kapitalismus geleiteten Partei, den Kampf um die «Neue Schweiz» führen.

Im Anschluß an die napoleonischen Kriege hat die Burgeoisie die neue Eidgenossenschaft in ihrem Sinne geschaffen und sie bis zur gegenwärtigen Stunde beherrscht. Viele Menschen haben in der Drangsal der letzten Jahrzehnte gelernt, daß nicht das Kapital, sondern die *Arbeit* im Mittelpunkt der Wirtschaft zu stehen hat. Sie können sich nicht vorstellen, daß auch nach diesem Kriege wieder alles beim alten bleibt, obwohl auch international an der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft gearbeitet — «amgotisiert» wird. Die arbeitenden Massen fühlen die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Änderung. Deswegen ist «Die neue Schweiz» überall auf Verständnis gestoßen. Die Sozialdemokratie muß sich zum Dolmetsch des Fühlens und Denkens des arbeitenden Volkes machen und mutig seine Geschicke lenken. Der Parteitag, in schwerer, aber für den Sozialismus aussichtsreicher Zeit abgehalten, *hat die zündende Parole zum Kampfe um eine neue soziale und schließlich sozialistische Schweiz auszugeben!* Möge er dies bedenken und um seiner

großen Bedeutung willen würdig und entschieden handeln. Nicht nur das arbeitende Volk, alle politisch und wirtschaftlich aufgeschlossenen Menschen sehen auf ihn!

Kommunistenverbote und Einheit der Arbeiterbewegung

Von Franz Schmidt

Unser schweizerischer Parteitag hat eine Frage zu klären, welche nur zum größten Nachteil der Partei bisher durch keinen gültigen und geachteten Beschluß geklärt war: unsere Haltung zu den *Kommunistenverboten*.

Die Haltung unserer Parteinstanzen war bisher recht zwiespältig. Meist wurde von sozialdemokratischer Seite die Stellungnahme zu den Kommunistenverboten abhängig gemacht vom Verbot der Naziorganisationen: «Wie sollen wir den Kommunistenverboten zustimmen, solange die viel gefährlicheren nationalsozialistischen Organisationen nicht verboten sind?», so wurde argumentiert; und nicht lange ist es her, daß der Präsident unserer Nationalratsfraktion gewissen Parteiblättern zu dieser Frage schrieb und erklärte: Wollte man das demokratische Prinzip in dieser Zeit anwenden und die Freiheit des Bürgers gelten lassen, ja dann müßte man eben auch den Frontisten die Freiheit geben, nicht nur den Kommunisten. Unsere Partei hat sich, soweit sie solchen Gedankengängen folgte, auf die Spuren der bundesrätlichen Staatsschutzpolitik begeben, welche — aus einer Art «Neutralitäts»politik heraus — jeweils auch nach links schlug, wenn sie rechts zugreifen mußte.

Diese unsere Haltung war falsch; unsere Partei muß Umkehr halten. Wir teilen die Auffassung, daß in *Kriegszeiten* ein Staatsschutz notwendig ist, weil kein Land, vor allem aber kein Kleinstaat, es darauf ankommen lassen darf, daß sich in seinen Grenzen das organisiert, was man seit dem Frühjahr des Jahres 1940 unter dem Namen Quislingtum in der ganzen Welt kennt. Der Staatsschutz des demokratischen Staates richtet sich gegen den *Landesverrat*. Wenn Personen oder Organisationen auf Grund der Staatsschutzgesetze eines demokratischen Staates verfolgt werden sollen, muß daher gefragt werden: a) haben sie Handlungen gegen die Sicherheit des Staates vorbereitet oder ausgeführt?, b) haben sie einen gewaltsamen Umsturz unseres demokratischen Staatswesens vorbereitet oder versucht?, c) haben sie von einer fremden Macht Aufträge oder Geldmittel erhalten? — Können diese Fragen auf Grund beweiskräftigen Materials bejaht werden, dann ist die Anwendung von Maßnahmen des Staatsschutzes notwendig.

Die Aufgabe derer, die über der demokratischen Ordnung zu wachen haben — es ist dies vor allem die Funktion der Oppositionsparteien —, ist es, dafür zu sorgen, daß nur in Zeiten besonderer Landesgefahr und nur nach diesen Gesichtspunkten Verfolgungen auf Grund von Staatsschutz-